

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Dr. Carola Ensslen,
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Refugees Welcome! – #UHHhilft nicht einstellen

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist eine neue Gruppe an ausländischen Studierenden und Studieninteressierten nach Hamburg geflohen und hofft, hier nun ihren eingeschlagenen Lebensweg trotz aller Kriegswidrigkeiten fortzusetzen. Als Stadt haben wir die Verantwortung und die Möglichkeit, Menschen in solchen Situationen eine gute Perspektive zu geben. An vielen Orten in der Hansestadt organisieren sich Menschen, um geflüchteten Personen Unterstützung anzubieten. Im Wissensschaftsbereich ist das Projekt #UHHhilft ein großartiges Beispiel, wie Unterstützung für Menschen, die ihr Studium fluchtbedingt unterbrechen mussten oder nicht aufnehmen konnten, aussehen kann. Doch das Programm steht ab 2023 vor dem Aus, weil zum Ende des Jahres die Förderung des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes (DAAD) endet.

Das Studienorientierungsprogramm hilft Personen, aus entsprechenden Krisensituationen einen Weg in ein Regelstudium zu finden und unterstützt sie bei der Wahl des richtigen Studiengangs, der Bewerbung und der Orientierung an der Universität. Für Studierende mit Fluchthintergrund, die an der Universität Hamburg immatrikuliert sind, bietet #UHHhilft sogar studienbegleitende Inhalte an.

Erfahrene Studierende sowie Mitarbeitende der UHH unterstützen die Teilnehmer:innen in den ersten Wochen an der Hochschule und sorgen so für gelebte Willkommenskultur. Darüber hinaus erfolgen Campusführungen, Mensatouren, Bibliotheksführungen und Besuche der Sozial- und BAföG-Beratungen durch das Studierendenwerk Hamburg. Teilnehmende erhalten die Möglichkeit, durch engagierte Studierende und Mitarbeitende der UHH im sogenannten Buddy-Programm eine persönliche Betreuung durch eine Ansprechperson für Alltagsprobleme rund um die Universität zu erhalten.

Dabei sind Studierende aller Universitäten und Fakultäten in vielfältiger Weise beteiligt. Sie engagieren sich als Helfer:innen, werden Pat:in im Buddy-Programm, sind als Tutor:innen Ansprechperson für die Klassenverbände und vieles mehr.¹

Geflüchtete Studierende und Studieninteressierte sind in ihrer traumatischen Situation mit enormen Hürden konfrontiert. Wenn sie sich aus den Krisengebieten nach Hamburg retten konnten, müssen sie hier dennoch hohen bürokratischen Anforderungen gerecht werden, hohe Geldsummen vorweisen und in kürzester Zeit muttersprachliche Sprachniveaus erreichen. Ganz abgesehen davon, dass sie in Deutschland häufig strukturellem Rassismus und alltäglicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Programme wie #UHHhilft müssen wegweisend für die solidarische Unterstützung von geflüchteten Studierenden und Studieninteressierten sein. Es gilt das Programm auszubauen,

¹ Vergleiche <https://www.uni-hamburg.de/uhhhilft>.

sozial zu unterfüttern und einen Abbau der bürokratischen und finanziellen Hürden zu organisieren.

Gerade jetzt ist die Zeit, Geflüchteten an Hamburgs Hochschulen einen sicheren Hafen zu geben!

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit den Beteiligten von #UHHilft den vollständigen Finanzierungsbedarf zu ermitteln und eine entsprechende Finanzierung ab 2023 dauerhaft über den städtischen Haushalt zu gewährleisten,
2. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2022 zu berichten.